

BRÜHLGRÜN

ZEITUNG FÜR BRÜHL UND UMGEBUNG 2015



INHALT

Rathausanbau Steinweg.....	1
Dicker Hund: Facebook	1
Freihandelsabkommen.....	2
Haushaltskonsolidierung.....	2
Flüchtlinge	2
Inklusion.....	3
Öffentlicher Nahverkehr.....	3
Interview: Stephanie Burkhardt	4
Phantasialand.....	4
Impressum.....	4

DICKER HUND - FACEBOOK

Viele „achten auf Brühl“ oder achten auf „Achtet auf Brühl“. Aber wer achtet auf Brühl? Ideen gibt es, aber wie sich im Alltagsstress durchringen, mehr „offline“ zu tun? Das ehrenamtliche Engagement in Brühl ist bemerkenswert, stark, nicht wegzudenken – könnte aber noch zunehmen.

Johanna Mäsgen

RATHAUSANBAU STEINWEG

Rathaus B – Eine Entscheidung

Stellen wir uns die Situation an einem einfachen Beispiel vor: Jemand fährt ein altes Auto, Zweisitzer, Baujahr 1995. Dieser jemand weiß: Mit dem Auto wird er niemals wieder durch den TÜV kommen. Jetzt muss er sich entscheiden: Entweder reparieren oder neu kaufen.

Welche Kernfragen wird sich dieser jemand stellen: „Lohnt es sich noch, zu reparieren?“, „Kann ich mir ein neues Auto leisten?“

Es stellt sich heraus, dass eine so weitgehende Reparatur, dass der Wagen einen den Vorgaben des TÜV entsprechenden technischen Standard hat, so teuer ist, dass er sich davon schon einen kleinen, sehr einfachen neuen Wagen kaufen kann. Das weiß er, weil er einen Fachmann gefragt hat.

Wie würden Sie diese Frage für sich entscheiden?

Wenn Sie nun weiter überlegen: Das bisherige Auto hat zwanzig Jahre seinen Dienst getan. Wird es bei den notwendigen Investitionen in eine Reparatur auch noch einmal zwanzig Jahre halten, wie Sie es von einem neuen Auto erwarten können?

Und wenn sie sich am Ende Ihrer Überlegungen vielleicht entscheiden, doch lieber ein neues Auto zu kaufen, weil das vielleicht die wirtschaftlichere Wahl ist: Nach welchen Kriterien kaufen Sie dieses Auto? Nur nach dem Preis? Oder soll dieses Auto vielleicht auch noch umweltfreundlich sein? Soll es ggf. auch Platz für Ihre Kinder haben oder ist es ausreichend, nur Sie und Ihre Frau zu transportieren? Welche „Extras“ können oder wollen sie sich einbauen lassen? Fragen über Fragen.

Eins haben aber alle diese Fragen gemeinsam: Sie müssen Entscheidungen treffen.

Diese Entscheidungen können Sie natürlich einsam treffen – ohne Beratung durch Freunde, Familie oder Fachleute.

Wir haben politisch dafür gekämpft, vom ersten Tag, an dem dieses Projekt vorgestellt wurde, dass wir vernünftige Beratung bei unserer Entscheidung als Rat erhalten. Und wir haben genauso dafür gekämpft, dass wir auch die Bürgerinnen und Bürger in diese Beratungen einbeziehen müssen.

Doch werden diese Entscheidungen am Ende auch wirklich zum bestmöglichen Ergebnis führen? Wenn nicht, werden Sie von allen, die es schon vorher besser wussten, verspottet. Aber das Risiko, dass sie vielleicht falsch beraten werden, können Sie auch nicht ausschließen. Und auch dann werden sie die Konsequenzen tragen müssen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Rathaus. Wir haben politisch dafür gekämpft, vom ersten Tag, an dem dieses Projekt vorgestellt wurde, dass wir vernünftige Beratung bei unserer Entscheidung als Rat erhalten. Und wir haben genauso dafür gekämpft, dass wir auch die Bürgerinnen und Bürger in diese Beratungen einbeziehen müssen.

Es geht um die schlichte Frage, ob wir reparieren oder neu kaufen.

Und erst dann werden die Fragen zu klären sein, ob wir eine Minimallösung umsetzen wollen oder ob wir „Extras“ haben wollen.

Als Rat sind wir bei unseren Entscheidungen dazu verpflichtet im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Brühls zu entscheiden. Machen wir uns nichts vor: Wir werden es niemals schaffen, im Sinne aller 45.000 Einwohner zu entscheiden. Aber wir werden

unser Bestes geben, im Sinne der überwiegenden Mehrheit zu entscheiden.

Kein Politiker des Rates hat nach unserer Ansicht in diesem Projekt vor, sich ein Denkmal zu setzen. Aber alle Ratsmitglieder sind sich bewusst, dass das Rathaus B, so wie es heute dort im Steinweg steht, keinen nächsten TÜV überstehen würde, wenn es diesen denn für Häuser gäbe.

Die Fakten liegen auf dem Tisch.

Michael vom Hagen



FREIHANDELSABKOMMEN

Grüne: Stop TTIP!

Seit zwei Jahren werden überwiegend hinter verschlossenen Türen die Vertragsbedingungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA ausgehandelt. Nicht nur das Verfahren, sondern auch der Inhalt ist kritikwürdig.

Vor privaten Schiedsgerichten sollen Konzerne gegen Gesetze oder andere Regulierungen klagen können. Entscheidet dieses „Gericht“ im Sinne des Konzerns, werden demokratische Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen über den Haufen geworfen. Die Folge sind zudem hohe Schadenersatzzahlungen. Dabei verfügen sowohl die EU als auch die USA über entwickelte Justizsysteme. Ein Handelsabkommen darf keine private Paralleljustiz schaffen.

Ein eigener Regulierungsrat soll sämtliche neue, geplante Vorschriften für den Handel von Waren und Dienstleistungen prüfen. Damit soll verhindert werden, dass überhaupt Regeln und Standards entstehen, die den Handel behindern. Bedenklich ist, dass damit Lobbyorganisationen Einfluss bekommen noch bevor die Vorschläge den Parlamenten vorgelegt werden. Unter dem Deckmantel des Abbaus von „Handelshemmnissen“ werden so Umwelt- und Verbraucherschutzstandards ausgehöhlt.

Während Gentech-Pflanzen, Klonfleisch, Chlorhuhn und Hormonmilch in den USA auf den Tellern der KonsumentInnen landen, sind viele dieser Produkte in der EU verboten oder unterliegen der Kennzeichnungspflicht. Das in der EU geltende Vorsorgeprinzip verpflichtet Unternehmen nachzuweisen, dass ihre Produkte unschädlich sind. In den USA ist das genau umgekehrt. Zum Beispiel können

FLÜCHTLINGE

Flüchtlingssituation in Brühl

Seit etwa einem Dreivierteljahr steigt die Zahl der Flüchtlinge, die auf dem Land- oder Luftweg Deutschland erreichen, kontinuierlich an. Im Jahr 2014 gab es einen Zuwachs um 60 % gegenüber 2013. Dies entspricht einer Anzahl von 200.000 Anträgen auf Asyl im Jahr 2014. Im Jahr 2015 wird mit 250.000 Anträgen gerechnet. (Quelle: Bundesamt für Migration) Die Verteilung der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge wird dabei nach dem soge-



nannten „Königsteiner Schlüssel“ entsprechend der Fläche und dem Bevölkerungsanteil auf die Bundesländer verteilt. Auf NRW entfallen 21 % und auf Brühl 0,238 %.

Als erste Anlaufstelle kommen die Flüchtlinge in Zentrale Aufnahmeeinrichtungen des Landes und werden dann den Kommunen „zugewiesen“. Zugewiesene Flüchtlinge müssen aufgrund von Bundesgesetzen von den Städten und Gemeinden

gentechnisch veränderte Pflanzen so lange in Umlauf gebracht werden, bis der Nachweis von Risiken oder schädlichen Folgen gelingt.

US-Unternehmen versuchen die in der EU geltenden Lebensmittelstandards über TTIP zu kippen, um ihre Produkte auch in der EU verkaufen zu können. Tiergesundheits- und Ernährungsstandards könnten somit verwässern.



Foto: © Stop TTIP
Unter öffentlichem Druck hat die EU-Kommission bereits einige Dokumente veröffentlicht. Während die Nationalratsabgeordneten die Dokumente direkt übermittelt bekommen, dürfen Europa-Abgeordnete diese lediglich in einem Leseraum anschauen. Die Abgeordneten dürfen die Inhalte der Dokumente nicht öffentlich machen und sind in den Verhandlungsprozess nicht eingebunden. Am Verhandlungstisch sitzen aber rund 600 Unternehmens-LobbyistInnen, die das Abkommen mitbeeinflussen.

Die Bundestagsfraktion der Grünen fordert, Verhandlungen nur auf Basis eines transparenten Verfahrens und eines neuen, besseren und öffentlichen Verhandlungsmandates aufzunehmen.

Unterschriftenlisten und weitere Infos gibt es unter www.gruene.de/ttip

Sascha Lanzrath

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Mehr Struktur! Mehr Transparenz!

Die Kassen sind klamm. Die Stadt Brühl hat lange Jahre über ihre Verhältnisse gelebt. Nun droht die schlechte Haushaltslage die zukünftige Entwicklung der Stadt zu beeinträchtigen.

Hier ist guter Rat teuer.

Denkbar sind theoretisch verschiedene Strategien: eine Kürzung des Sachaufwandes, Effizienzsteigerungen, Reduzierung der Investitionen, Kürzung freiwilliger Aufgaben, Verbesserung der Einnahmen etc.

Wie läuft es bislang? Die städtische Verwaltung erarbeitet mögliche Sparvorschläge, diese kommen irgendwann auf die Tagesordnung des Hauptausschusses. Im Wortsinn beraten wird nicht. Bürgerinnen und Bürger nehmen nicht teil. Warum auch? Beteiligen dürften sie sich im Ausschuss nicht. Nur zu hören könnten sie.

Grüne und CDU fordern ein geordnetes Konsolidierungsverfahren mit Raum für vertrauliche Vorberatungen, öffentliche Diskussionen in Ausschüssen und Bürgerbeteiligung. Auch in anderen Kommunen, die einen solchen Weg gegangen sind, haben sich Erfolge gezeigt. Die Bezirksregierung Arnsberg hat ein Konzept erarbeitet, dass solch einen Weg aufzeigt.

Da auch andere Brühler Parteien den Willen zu einer Konsolidierung des Haushaltes geäußert haben, hat die Ratsmehrheit aus Grünen und CDU einen konsensfähigen Antrag im Rat eingebracht, der eine strukturierte und transparente Vorgehensweise

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

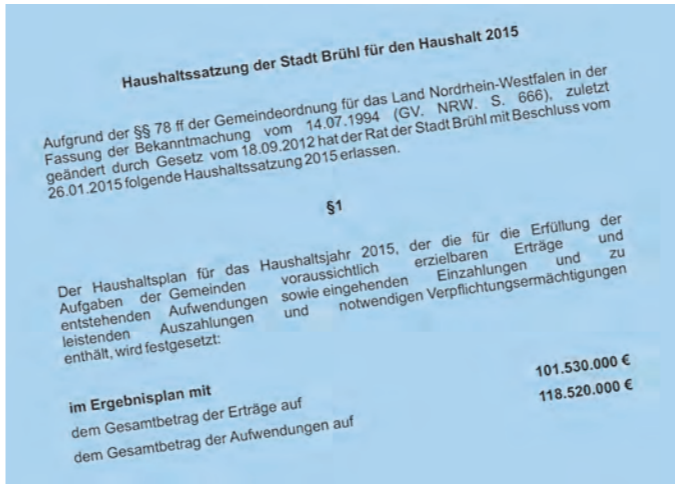
worden, wodurch man sich die Unterbringung von weiteren 48 Personen verspricht. Verglichen mit anderen Kommunen hat die Stadt Brühl mit 41% dezentraler Unterbringungsquote einen recht hohen Anteil an privater Unterbringung.

Während des Asylverfahrens werden Geldleistungen zur Finanzierung des laufenden Lebensunterhalts gezahlt. Die Regelsätze liegen geringfügig unter den sogenannten „Hartz-IV-Sätzen“. Neben der sogenannten Erstausstattung erhalten sie in notwendigem Umfang gesundheitliche Versorgung, Schwangerschaftsvorsorge und Vorsorgeuntersuchungen für Kinder sowie Impfungen. Asylsuchende dürfen nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen. Bei der Stellensuche gibt es dabei bis zum 15. Aufenthaltsmonat eine sogenannte Vorrangprüfung. Bisher konnten zwei Asylsuchende durch Hilfe von ehrenamtlichen Betreuern eine Arbeit finden.

Ein Anspruch auf Teilnahme an Deutschkursen besteht grundsätzlich erst nach Erteilung eines Aufenthaltsrechts. Es besteht Schulpflicht für alle dauerhaft nach Deutschland einreisenden Kinder im entsprechenden Alter. Kindergartenbesuch wird meist von den Eltern eigenständig organisiert.

Starke Unterstützung erfahren die Hilfesuchenden durch Ehrenamtler, die sowohl sprachlich als auch bei Behördenterminen, den Flüchtlingen zur Seite stehen. Falls auch Sie gerne Ihre Hilfe anbieten möchten, freut sich die Stadt Brühl über Ihre Unterstützung. Anfragen gerne bei Herrn Zons oder Frau Kilian (Tel.: 02232/794370).

Nilgün Özcelik



anstrebt. Rahmenbedingungen sollten festgezurrt, dem Bürgermeister und der Verwaltung aber auch Handlungsspielraum eingeräumt werden.

Neben inhaltlichen Zielen haben sich die Grünen für ein transparentes Verfahren stark gemacht. Externer Sachverstand soll eingeholt werden. Erfahrungen anderer Kommunen sollen berücksichtigt werden.

Am 27. April wurde der Antrag einstimmig beschlossen. Dieser umfasst unter anderem folgende Punkte:

- Der Bürgermeister wurde aufgefordert, im Haushalt für das Jahr 2016 eine Reduzierung der Kosten um durchschnittlich 1%, bis 2018 von 2% gegenüber dem Haushalt 2015 aufzuzeigen. Davon nicht betroffen sind investive Ausgaben.

- Geeignete Maßnahmen sollen in einem Haushaltssanierungsplan festgehalten werden.

- Der Bürgermeister wurde aufgefordert, die Personalkosten (höchstens) auf dem Stand von 2015 zu halten.

- Die Standards von freiwilligen Leistungen und

Pflichtleistungen sollen mit wirtschaftlich vergleichbaren Kommunen in NRW verglichen werden.

- Durch die Konsolidierung dürfen die Konzerngesellschaften Stadtwerke und GEBAUSIE nicht in der sachgerechten Ausführung ihrer Aufgaben beeinträchtigt werden.

Neben inhaltlichen Zielen haben sich die Grünen für ein transparentes Verfahren stark gemacht. Externer Sachverstand soll eingeholt werden. Erfahrungen anderer Kommunen sollen berücksichtigt werden. Zudem wünschen sich die Grünen neben der von anderen Ratsfraktionen vorgeschlagenen Möglichkeit zur Teilnahme der Öffentlichkeit als passive Zuhörer und Zuhörerinnen weitere Beteiligungsmöglichkeiten wie beispielweise eine Beteiligung bei der Ideenfindung im Konsolidierungsprozess oder Bürgerforen.

Was ist seit dem 27. April geschehen?

Zum Vorgehen: Der Bürgermeister meint, sein bisheriges Verfahren genüge dem oben genannten Antrag. Dabei gibt es noch nicht mal einen Terminplan. Die SPD meint, nun sei genug beraten worden, mit dem „Vorgeplänkel“ solle Schluss sein, die Abstimmung müsse „endlich“ her – auch wenn das Verfahren noch gar nicht abgeschlossen ist, es noch keinen Haushaltssanierungsplan gibt. Man monierte gar den Beratungsbedarf der Fraktionen.

Zu den Themen: Haben Sie mitbekommen, dass Themen wie KiTA-Gebühren oder eine Privatisierung von KiTas auf der Tagesordnung standen? Nein? Das wundert nicht. Man will, so hat Bürgermeister Freytag versprochen, auf der Homepage der Stadt Brühl „Informationen“ für Bürgerinnen und Bürger einstellen. Bis dato (14.7.) ist noch nicht mal das passiert.

Johanna Mäsgen

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Feurig ist der Elias schon lange nicht mehr

Bereits 1897 ging der erste Streckenabschnitt der zunächst meterspurigen Vorgebirgsbahn zwischen Bonn und Brühl in Betrieb, 1898 folgte der Abschnitt bis zum Vorgebirgsbahnhof am Barbarossaplatz.

Im Volksmund hieß die Bahn, die zunächst auch über den Brühler Markt gefahren ist, schon bald "Feuriger Elias", nach dem im feurigen Wagen zum Himmel fahrenden Propheten.

Schon im ersten Betriebsjahr hatte die im Auftrag der beteiligten Kommunen betriebenen Bahn 10.000 Fahrgäste im Monat, so dass die ersten Überlegungen zum zweigleisigen Ausbau bereits 1899 entstanden.

Die Planungen zum zweigleisigen Ausbau der Gesamtstrecke wurden nie aufgegeben, konnten aber bis heute nicht realisiert werden, vor allem auch deswegen, weil der Betrieb - anders als bei S-Bahn und Regionalverkehr der Bundesbahn - allein von den beteiligten Kommunen beauftragt wird.

Nachdem die aufgrund der engen Trassenlage insbesondere zwischen Clemens-August-Straße und Liblarer Straße schwierige Planung abgeschlossen ist, hat nun der zweigleisige Ausbau der Strecke zwischen Brühl-Mitte und Badorf begonnen.



Wir werden sehen, wie stabil der Fahrplan zwischen Köln und Schwadorf eingehalten wird. Inwieweit auch bis Bonn der 10-Minuten-Takt realisierbar ist, hängt von den beteiligten Kommunen ab.

Leider hatten die GRÜNEN keine Mehrheiten dafür erreichen können, den aus der Maar auf die Liblarer Straße führenden motorisierten Verkehr insgesamt über den Kreisverkehr Liblarer / Uhlstraße zu führen. Es hätte sonst die Chance gegeben, eine sichere Rad und Fußgänger-Querung der Liblarer Straße im

INKLUSION EFFEKTIV GESTALTEN

Der Inklusionsbeirat kommt

Im März diesen Jahres hat der Rat der Stadt Brühl, auf einen gemeinsamen Antrag der Grünen und der CDU hin, den Bürgermeister einstimmig beauftragt, zur nächsten Kommunalwahl einen Inklusionsbeirat einzurichten. In diesem soll die Arbeit der bereits bestehenden Arbeitsgemeinschaften „Menschen mit Behinderung“ und „Träger der Altenarbeit“ gebündelt, erweitert und noch effektiver gestaltet werden.

Doch was bedeutet eigentlich Inklusion?

Jeder soll gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Nicht die Menschen sollen sich dem bestehenden System und den vorhandenen Einrichtungen anpassen, sondern andersherum.

Ziel der Inklusion ist es, dass alle Menschen - gleich welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher Religion, welchen kulturellen Hintergrunds, ob mit oder ohne Beeinträchtigung - ganz selbstverständlich zusammenleben und alle die gleichen Chancen haben. Jeder soll gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Nicht die Menschen sollen sich dem bestehenden System und den vorhandenen Einrichtungen anpassen, sondern andersherum. Ein Beispiel, welches wir wohl alle kennen, ist die Übersetzung von Veranstaltungen in Gebärdn, um Hörgeschädigten die Teilnahme zu ermöglichen.

Inklusion stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen und neben praktischen Veränderungen ist vor allem ein Umdenken notwendig. Für die Schaffung einer bunten und offenen Gesellschaft lohnt es sich in jedem Fall, sich den Herausforderungen zu stellen.

Pia Brkic

Eintrag in die Liste der Kulturdenkmäler

Bereich der Haltestelle Brühl-Süd zu realisieren.

Schon im ersten Betriebsjahr hatte die im Auftrag der beteiligten Kommunen betriebene Bahn 10.000 Fahrgäste im Monat, so dass die ersten Überlegungen zum zweigleisigen Ausbau bereits 1899 entstanden.

Aufgrund neuer Zugsicherungstechnologien scheint inzwischen der 10-Minuten-Takt auch ohne vollständigen Ausbau der Zweigleisigkeit möglich, so dass die noch vor fünfzehn Jahren verfolgten Pläne, zwischen Brühl-Mitte und Schwadorf die Zweigleisigkeit herzustellen aufgegeben wurden.

Wir werden sehen, wie stabil der Fahrplan zwischen Köln und Schwadorf eingehalten wird. Inwieweit auch bis Bonn der 10-Minuten-Takt realisierbar ist, hängt von den beteiligten Kommunen ab – oder aber davon, die Stadtbahn in die Zuständigkeit des für den schienengebundenen Personennahverkehrs zuständigen Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) zu bekommen. Das sind aber ganz dicke Bretter…

Johannes Bortlisz-Dickhoff

DEZERNENTIN STEPHANIE BURKHARDT IM INTERVIEW

Menschen und Themen zusammenbringen

Stephanie Burkhardt hat seit dem 01.04.2015 die Dezernentinnen-Stelle für die Fachbereiche „Soziales und Demographie“, „Kinder, Jugendpflege und Familie“, „Schule und Sport“ sowie „ÖPNV, Mobilität und Verkehr“ in der Stadtverwaltung Brühl inne. Gabriele Rengel-Schneider interviewte sie zu ihren Motiven und Visionen.

GRS: Frau Burkhardt, schön, Sie begrüßen zu dürfen. Und? Wie fühlen Sie sich auf Ihrer neuen Stelle?

Stephanie Burkhardt: Es ist, als wäre ich wieder nach Hause gekommen. Nachdem ich nun seit über 20 Jahren Erfahrungen in Stadtverwaltungen gesammelt habe, freue mich sehr darüber, dass ich mich nun aktiv in und für meine Heimatstadt engagieren kann. Ich bin angekommen und fühle mich aufgenommen.

GRS: Was sehen Sie aktuell als ihr vorrangiges Ziel?

Stephanie Burkhardt: Nun, ich lerne und analysiere.

„Wie funktioniert Brühl? Wer sind die Akteurinnen und Akteure? Was läuft hier schon? Welche Bedarfe werden noch nicht gedeckt?“ Dabei hilft es mir sehr, mich direkt in so anspruchsvolle Themen wie die Konsolidierungsgespräche einzuarbeiten – und hier aktiv mitzuarbeiten und zu gestalten.

GRS: Netzwerke sind Ihnen wichtig?

Stephanie Burkhardt: Oh, ja. So kann man am meisten erreichen. Mit Fachkenntnis und Engagement lassen sich Projekte gemeinsam am besten entwickeln und umsetzen. Dabei dürfen Strukturen natürlich nicht vernachlässigt werden. Daher sortiere ich momentan meine Arbeitsbereiche und ordne Potenziale und Ziele.

GRS: Gibt es etwas, das für Sie zukünftig wichtig ist? Haben Sie Visionen?

Stephanie Burkhardt: Ich komme aus dem Bereich Demographie und weiß, wie stark dieses Thema in alle kommunalen Bereiche hineinspielt. Gleichzeitig ergeben sich hieraus auch vielfältige Möglichkeiten. Denn gemeinsam mit den häufig fitten

Ruheständlerinnen und Ruheständlern – aber auch mit jungen Leuten – kann man interessante Projekte, zum Beispiel bei den Hilfen zur Erziehung oder den Lotsen-Projekten, entwickeln. Ich liebe es, Menschen zu aktivieren, einzubinden und mit Ihnen gemeinsam etwas Konstruktives auf die Beine zu stellen – das ist eine meiner Visionen für meine Arbeit in Brühl.

GRS: Frau Burkhardt, ich danke Ihnen für das Gespräch und wünsche Ihnen viel Erfolg.



PHANTASIALAND

Weiterhin kein Konsens

Die Brühler Grünen sind erfreut, dass der nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Rammel (Grüne) die Voraussetzungen für weitere Überlegungen hinsichtlich einer vom Phantasialand geforderten Erweiterung ihres Parkgeländes nochmals betont hat. Laut Stellungnahme des Ministeriums ist nämlich das Ziel des Moderationsverfahrens, einen möglichst breiten Konsens aller am Verfahren beteiligten Personen und Verbände herzustellen, verfehlt worden. Vielmehr war es in dem Moderationsverfahren zu keinerlei Annäherung zwischen den Umweltverbänden und dem Unternehmen gekommen. Der BUND hatte das Moderationsverfahren sogar vorzeitig verlassen.

„Ohne einen möglichst breiten Konsens mit den Umweltverbänden braucht in weitere Überlegungen überhaupt nicht eingetreten zu werden. Ein solcher Konsens liegt aber nicht vor. Der Bürgermeister macht es sich sehr einfach, wenn er meint, alles Notwendige getan zu haben.“, so Sascha Lanzrath, Mitglied des Ausschusses für Bauen und Umwelt. Besonders irritiert zeigen sich die Grünen darüber, dass Bürgermeister Freytag meint, dass die Interes-



sen der Umweltverbände in einem Bauleitplanverfahren ausreichend Berücksichtigung fänden. „Es geht doch um die Frage, ob eine Erweiterung überhaupt durchgeführt werden kann und nicht um die nachgelagerte Frage der konkreten Umsetzung.“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Michael vom Hagen.

Die Brühler Grünen stehen einer Erweiterung des Phantasialandes sehr kritisch gegenüber. Auch sie hatten eine Zustimmung zu einem Kompromiss von einem breiten Konsens mit den Naturschutzverbänden abhängig gemacht. Sie erinnern zudem an den immer noch geltenden Brühler Ratsbeschluss, für die östlich vorgesehen Erweiterungsflächen (Kleingartenanlagen), keine Baugenehmigungen zu erteilen. „Wir müssen auch die Kleingärtner und Anwohner im Blick behalten. Es gibt doch sehr zu denken, dass die SPD-Minister Duin und Walter-Borjans eine Erweiterung des Freizeitparkgeländes so forcieren, ohne sich auch nur ansatzweise mit den Argumenten der Erweiterungsgegner auseinander zu setzen.“, so Lanzrath abschließend.

Sascha Lanzrath



Ja, ich möchte Mitglied bei Bündnis 90 / Die Grünen werden!

Senden Sie mir die notwendigen Unterlagen bitte an meine Adresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Mail

Einfach ausfüllen und senden an:
Bündnis 90 / Die Grünen OV Brühl
Postfach 1280, 50302 Brühl

oder per E-Mail an: partei@bruehlgruen.de

Die Daten werden ausschließlich zur Zusendung der Mitgliedsantragsunterlagen verwendet. Die obige Bekundung stellt noch keine Erklärung der Mitgliedschaft dar.



IMPRESSUM

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Brühl
Vorsitzende: Sascha Lanzrath, Ellen Winter

Redaktion: Gabriele Rengel-Schneider, Nilgün Özcelik, Robert Saß
Layout: Robert Saß

V. i. S. d. P.: Sascha Lanzrath, Ellen Winter
Adresse: Postfach 1280, 50302 Brühl
Telefon: 0700/343 47 86 36
www.bruehlgruen.de
facebook.de/bruehlgruen